KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

24. – 31.03.2023

Am 28. März fand der zehnte Mobilisierungstag gegen die Rentenreform statt. Nach Angaben der Behörden demonstrierten 740.000 Menschen in Frankreich, nach Angaben der Gewerkschaften waren es mehr als 2 Millionen. Die Gewerkschaft CGT vermeldete 450.000 Demonstranten in Paris, die Polizeipräfektur 93.000. Die Mobilisierung war im Vergleich zur Vorwoche rückläufig. Die Sicherheitskräfte vermeldeten 201 Festnahmen in ganz Frankreich sowie 70 Festnahmen in Paris am Rande der Demonstration.

Die Gewerkschaften haben zum 11. Mobilisierungstag gegen die Rentenreform am 6. April aufgerufen. Sie erklärten, dass „die fehlende Antwort der Exekutive zu einer besorgniserregenden Eskalation der Spannungen" führe. Diese Woche fanden auch die Vorstandswahlen der Gewerkschaft CGT statt. Der Exekutivausschuss wählte Sophie Binet zur neuen Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes. Sie ist die erste Frau in diesem Amt und ersetzt damit Philippe Martinez.

Bei einer nicht genehmigten Demonstration versammelten sich Tausende Aktivisten am 25. März in Sainte-Soline, im Departement Deux-Sèvres, um sich gegen ein Mega-Beckenprojekt zu demonstrieren. Das Reservoir bei Sainte-Soline ist Teil eines Projekts von 16 Becken, die zur landwirtschaftlichen Bewässerung genutzt werden sollen. Die Landwirte hinter dem Vorhaben geben an, mit den Becken künftig im Sommer 70 Prozent weniger Grundwasser entnehmen zu können. Nach Angaben der Organisatoren wurden 200 Demonstranten bei Ausschreitungen verletzt. Bei der Polizei wurden 47 Verletzte gemeldet, darunter 2 Schwerverletzte. Innenminister Darmanin kündigte an, den Verein „Soulèvements de la Terre", Mitorganisator der Demonstrationen, auflösen zu wollen.

Präsident Macron stellte in Savines-le-Lac (Hautes-Alpes) den mit Spannung erwarteten „Wasserplan" der Regierung vor. Die 53 Maßnahmen enthalten unter anderem einen „Notfallplan zur Wassereinsparung bis zum Sommer", die Einführung eines „Wasser-Ecowatts", die Einsparung von 10% des Wasserverbrauchs bis 2030, die Investition von 180 Millionen Euro pro Jahr für die Beseitigung von Lecks und die Erhöhung der Wiederverwendung von Abwasser auf 10% bis 2030. Der Plan wurde mit Spannung erwartet, er soll die Bewirtschaftung der Wasserressourcen verbessern, die durch die globale Erwärmung und Dürre bedroht ist.

Premierministerin Elisabeth Borne „setzt" sich als neue „Methode", nicht mehr auf den Artikel 49.3, „außer bei Finanztexten", zurückzugreifen. Im Laufe eines Parlamentsjahres hat die Regierung die Möglichkeit, ein einziges Mal von diesem Artikel der Verfassung Gebrauch zu machen, der die Annahme eines Textes ohne Abstimmung unter Übernahme der Verantwortung der Regierung ermöglicht. Die Ausnahme bilden Finanz- und Haushaltstexte, bei denen der Artikel 49.3 nicht beschränkt ist. Borne hat den Artikel bereits 11 Mal benutzt, das letzte Mal für die Rentenreform, was viel Kritik auslöste und für Furore gesorgt hatte. Premierministerin Elisabeth Borne will zukünftig nicht mehr auf den Artikel 49.3 zurückzugreifen. Ausgenommen seien Voten über Haushaltstexte, so Borne in einem Interview am 26. März. Im Laufe eines Parlamentsjahres hat die Regierung die Möglichkeit, ein einziges Mal von diesem Artikel der Verfassung Gebrauch zu machen, der die Annahme eines Textes ohne Abstimmung unter Übernahme der Verantwortung der Regierung ermöglicht. Die Ausnahme bilden Finanz- und Haushaltstexte, bei denen der Artikel 49.3 nicht beschränkt ist. Borne plädierte auch für einen Dialog mit den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sollen im Laufe der nächsten Woche in Matignon zu Gesprächen empfangen werden. Die Tagesordnung wurde bisher nicht öffentlich gemacht.

Am 27. März 2023 begann die 38. Sitzung der Versammlung der Franzosen im Ausland (Assemblée des Français de l'étranger). Unter der Leitung ihrer Präsidentin Hélène Degryse kamen die 90 Mitglieder, die 2021 von den Beratern der im Ausland lebenden Franzosen gewählt wurden, in Paris zusammen. Ziel der Versammlung ist es, Parlamentarier, Minister und die Verwaltung für die Probleme der Franzosen im Ausland zu sensibilisieren. Diese Sitzung wurde von Olivier Becht, dem Minister für Franzosen im Ausland und Außenhandel, eröffnet.

Die Website der Nationalversammlung wurde am 27. März durch einen pro-russischen Hackerangriff blockiert. Das Portal der Nationalversammlung war für einen Teil des Tages nicht erreichbar. Mehrere Quellen, die von der Nachrichtenagentur AFP zitiert wurden, berichteten, dass die Cyberüberwachungsaktion von pro-russischen Hackern organisiert worden sei.

Die staatlich dominierte Elektrizitätsgesellschaft EDF soll Frankreichs größten Offshore-Windpark bauen. Das Projekt „Centre Manche 1“ vor der Küste der Normandie reiche aus, um den Stromverbrauch von 800.000 Haushalten zu decken, teilte das französische Ministerium für Energiewende am 27. März mit. Der Windpark soll 2031 in Betrieb genommen werden, wobei der Baubeginn des größten Offshore-Windparks des Landes für 2026 bzw. 2027 vorgesehen ist, sagte die Ministerin für Energiewende Agnès Pannier-Runacher in einem Interview mit La Presse de la Manche. Der Energieriese ist nun an fünf von acht Projekten vor der französischen Küste beteiligt.

Die französische Linke hat versucht mithilfe des Europäischen Parlaments Druck auf die französische Regierung bezüglich der Polizeigewalt bei Demonstrationen in Frankreich aufbauen. In einer Abstimmung am 29. März lehnten das Europaparlament jedoch die Aufnahme einer von den Sozialisten, den Grünen und der linkspopulistischen France insoumise eingebrachten Eintragung in die Tagesordnung ab. Die Mehrheit der Europaabgeordneten argumentierte, dass das Parlament nicht für nationale politische Debatten zuständig ist.

Die Junta ordnet in Burkina Faso die Einstellung der Ausstrahlung des Senders France 24 an. Nach Mali will nun auch Burkina Faso France 24 nicht mehr ausstrahlen. Die regierende Junta ordnete am 27. März an, die Ausstrahlung des französischen Senders in ihrem Hoheitsgebiet „auf unbestimmte Zeit“ einzustellen. Dem Nachrichtensender wird vorgeworfen, ein Interview mit dem Chef der Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI) ausgestrahlt zu haben.

Der ehemalige Präsident Nicolas Sarkozy war zu einem „privaten“ Besuch in Kinshasa, der Hauptstadt Demokratischen Republik Kongo. Der kongolesische Präsident Félix Tshisekedi empfing den ehemaligen französischen Staatschef. Sarkozy und Tshisekedi sprachen unter anderem über die Spannungen mit dem ruandischen Präsidenten Paul Kagame. Wie die Nachrichtenseite Africa Intelligence berichtete, sollte der zweitägige Besuch so diskret wie möglich ablaufen. Am Tag zuvor war bereits Jean-Pierre Raffarin, der Premierminister von Jacques Chirac, im Rahmen seiner Tätigkeit bei der NGO Leaders for Peace zwei Tage lang in der kongolesischen Hauptstadt. Auch Staatspräsident Macron war im Rahmen seiner Afrikareise Anfang März mit Tshisekedi zusammengekommen.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts BVA für RTL sinkt Macrons Popularität deutlich. Die Zustimmungswerte von Emmanuel Macron stürzten im März im Vergleich zum Februar um 6 Prozent auf 28% ab. Die Umfrage wurde mitten in den Protesten gegen die Rentenreform durchgeführt und am 27. März veröffentlicht. Dies ist der niedrigste Wert, den der Staatschef in diesem Barometer seit November 2018, dem Beginn der Gelbwestenkrise, erreicht hat.

Die Partei Horizons des ehemaligen Premierministers Edouard Philippe veranstaltete am 25. März ihren Parteitag in Paris. Etwas mehr als 3.000 Sympathisanten waren zusammengekommen um die zukünftige Parteienausrichtung, auch im Hinblick auf die Europawahlen 2024, zu diskutieren. Anwesend waren neben Parteichef Edouard Philippe unter anderem Premierministerin Elisabeth Borne, Umweltminister Christophe Bechu, Arbeitsminister Olivier Dussopt, der Parteichef von Renaissance Stéphane Séjourné, die Präsidentin der Nationalversammlung Yaël Braun-Pivet und der ehemalige Premierminister Jean-Pierre Raffarin.

DIE ZAHL DER WOCHE

Frankreich nähert sich unaufhaltsam mit 2,950 Billionen Euro der symbolischen Marke von 3 Billionen Euro Schulden. Das Statistikamt Insee hat am 28. März eine erste Schätzung der Staatskonten für 2022 vorgelegt. Das öffentliche Defizit beläuft sich auf 4,7 % des Bruttoinlandsprodukts und die Verschuldung auf 111,6 %, nach 6,5 % bzw. 112,8 % im Jahr 2021.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich